

Präsidialansprache Generalversammlung 2013

Christoph Mäder, Präsident scienceindustries

28.06.2013

- es gilt das gesprochene Wort -

Den Interessen der Wirtschaft wieder mehr Rechnung tragen

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich mit einer Binsenwahrheit beginnen, die – wie ich meine - im politischen Alltagsgeschäft leider immer öfter vergessen geht: unsere wertschöpfungsintensive und global ausgerichtete Industrie ist in der Schweiz auf international möglichst gute Rahmenbedingungen für die Forschung, Produktion und den Export angewiesen. Damit unsere Unternehmen ihre volkswirtschaftliche Leistung erbringen können, brauchen sie zudem kompetitive Produktionsfaktoren in ausreichender Menge.

Ein kurzer Blick in wichtige Zahlen und Fakten unserer Branche scheint zu belegen, dass die Schweiz im Vergleich mit anderen bedeutenden Konkurrenzstandorten offenbar nicht allzu schlecht gefahren ist: unsere rund 250 Mitgliedunternehmen erwirtschaften mit ihren gut 70'000 Mitarbeitenden in der Schweiz fast unglaubliche 40% der Schweizer Gesamtexporte und leisten nahezu die Hälfte der gesamten privaten Forschungsausgaben der Schweiz. 98% unserer weltweiten Verkäufe werden im Ausland im harten internationalen Wettbewerb, während hierzulande über 20% der weltweiten Kosten anfallen und fast ein Drittel der globalen Forschungsinvestitionen in der Schweiz getätigt werden. Ohne gute Rahmenbedingungen wären diese Ergebnisse nicht möglich.

Doch das zunächst sehr positive Bild trägt ein wenig: Der Erfolg ist nie auf Dauer gesichert und unsere heutige Position ist in hohem Mass den Tugenden und Leistungen vergangener Zeiten geschuldet. Viele der heute als selbstverständlich hingegenommen Standortvorteile - politische und fiskalische Stabilität, marktwirtschaftliche Ausrichtung der Politik, Bilaterale Verträge mit der Europäischen Union, die internationale Spitzenstellung unserer Hochschulen usw. - sind in Tat und Wahrheit keine Selbstverständlichkeiten, sondern über lange Jahre erarbeitete gesellschaftliche Errungenschaften, die heute, manchmal sogar leichtfertig, in Frage gestellt werden.

Wie sehen beispielsweise unser vielgerühmter Zusammenhalt und die politische Stabilität in unserem Land wirklich aus? Als aufmerksamer Beobachter der politischen Landschaft kann ich je länger je weniger die Augen vor der Tatsache verschliessen, dass der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik nicht mehr richtig stattfindet und die Schweiz seit einigen Jahren vermeintlich sicher gemeinte Standortvorteile schleichend verspielt. Teils als Folge von Druckversuchen aus dem Ausland, teils aber auch aus parteipolitischem Kalkül. In

jedem Fall aber – und dies ist eine Folge des mangelnden gegenseitigen Vertrauens - ohne genügende Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Dieser schleichenden Erosion des Wirtschaftsstandortes Schweiz muss im Interesse der Stabilität und des Wohlstandes unseres Landes Einhalt geboten werden. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen wieder lernen, miteinander in Dialog zu treten, sich gegenseitig gut zuzuhören und gemeinsam verträgliche Lösungen im Interesse des Landes zu finden. Als kleines und rohstoffarmes Land sind wir vital auf gute alte Tugenden wie Disziplin, Fleiss, Offenheit für das Neue und gegenseitige Rücksichtnahme angewiesen sind. Ohne das Grundvertrauen aller gesellschaftlicher Partner zueinander lässt sich die Willensnation Schweiz und mit ihr der erfolgreiche Wirtschaftsstandort Schweiz nicht aufrechterhalten. Unserem Land stehen zahlreiche Herausforderungen bevor, die wir nur mit geschlossenen Reihen meistern werden. Ich nenne einige davon:

Bereits im Herbst dieses Jahres wird unser Souverän über die 1:12-Initiative und damit einen Frontalangriff auf die bewährte Sozialpartnerschaft zu befinden haben. Die Wirtschaft würde bei einer Annahme dieser Initiative, die brutal in die Marktkräfte eingreift, erheblichen Schaden nehmen. Wir würden Gefahr laufen, die besten Köpfe der Unternehmen ins Ausland zu verlieren und die vielversprechendsten Talente aus aller Welt nicht mehr in der Schweiz beschäftigen zu können. Was das für die Produktivität und damit für den Wohlstand von uns allen bedeutet, brauche ich Ihnen gewiss nicht zu erläutern. Diese Initiative zeigt aber auch eine zunehmende Neigung unserer Politik und Gesellschaft, sich nicht mehr mit der profanen Frage, wie man Wertschöpfung schafft, zu beschäftigen, sondern sich vielmehr für vermeintlich moralische Gerechtigkeits- und Umverteilungsfragen zu interessieren. Bereits heute verwendet die Eidgenossenschaft nicht weniger als ein Drittel ihrer Mittel für soziale Wohlfahrt, während sie nur rund 10% ihrer gesamten Bundesausgaben für die wertschöpfungsorientierte Bildung und Forschung ausgibt.

Gerade die Schweiz, als eine moderne Wissensgesellschaft ohne Rohstoffe, muss die Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen fördern, um ihre wesentliche Wertschöpfungsbasis für künftige Generationen zu erhalten. Der Staat muss somit, und das ist eine zweite Herausforderung, über eine lange Zeit eine nachhaltige öffentliche Forschung und Bildung sicherstellen. Nur mit einer guten Ausbildung bieten wir unseren Kindern und Enkeln weiterhin gute Chancen in unserer Wirtschaft. Dazu hat selbstverständlich auch die Wirtschaft ihren Beitrag zu leisten. Mit der von uns getragenen SimplyScience-Stiftung geht scienceindustries mit gutem Beispiel voran und lebt erfolgreich vor, mehr Kinder und Jugendliche für Naturwissenschaften und Technik zu begeistern. Nur durch stete Nachwuchsförderung werden wir mittelfristig gut ausgebildetes Personal in der Schweiz rekrutieren können.

Damit zu einer dritten Herausforderung. Selbst wenn wir in unserem Land die Nachwuchsförderung intensivieren, brauchen wir auch in Zukunft qualifizierte ausländische Mitarbeitende. Dazu müssen wir vor allem die Personenfreizügigkeit mit der EU aufrechterhalten und diese Menschen mit ihren Familien in der Schweiz angemessen integrieren. Die anstehende Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung, die Ecopop-Initiative sowie das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit mit Kroatien bereiten mir ernsthafte Sorgen. Viele negative Begleiterscheinungen der Zuwanderung, wie überfüllte Verkehrsinfrastrukturen oder hohe Mieten, werden einseitig der Zuwanderung angelastet und vergiften die öffentliche Diskussion. Es ist deshalb auch an der Wirtschaft, diese Diskussion zu einer sachlichen Auseinandersetzung zurückzuführen. Zudem sind die bereits beschlossenen flankierenden Massnahmen konsequent umzusetzen und die verbleibenden Infrastrukturprobleme ohne Scheuklappen anzupacken und zu lösen. Jedenfalls hätte die Ablehnung einer der drei genannten Abstimmungen gravierende Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Durch die sogenannte Guillotine-Klausel würden bei einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens nämlich alle bilateralen Abkommen des Pakets I mit der EU hinfällig. Für die schweizerische Europapolitik hiesse das: zurück auf Feld 1. Sicher kein erstrebenswertes Ziel für uns alle!

Mit der EU verbindet sich auch eine weitere Herausforderung. Mit grosser Besorgnis muss ich feststellen, dass die wirtschaftlich schwierigen Zeiten in der EU keineswegs vorbei sind. Es wird unseren europäischen Partnerländern in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht gelingen, zu einem substantiellem Wachstum

zurückzufinden. Mit der entsprechenden Verlagerung des wirtschaftlichen Epizentrums von Europa nach Asien wird die schweizerische Wirtschaft zu leben lernen. Unsere Branche ist diesbezüglich bereits in vorbildlicher Position. Andererseits zwingt die ungemütliche finanzielle Situation die EU-Staaten zusätzliche Staatseinnahmen zu suchen, und zwar nicht nur innerhalb der EU, sondern beispielsweise auch in der Schweiz. Der sogenannte Steuerdialog mit der EU lässt grüssen. Auch hier muss sich die Schweiz bewegen und gemeinsam mit Bund, Kantonen und der Wirtschaft eine Lösung entwickeln, welche die Attraktivität des Steuerstandorts Schweiz erhält und gleichzeitig internationalen Steuerstandards genügt. Die Wirtschaft braucht möglichst schnell die Gewissheit, dass und wie die Herausforderung gemeistert wird. Die Unternehmenssteuerreform III ist deshalb rasch an die Hand zu nehmen.

Die Verlagerung der wirtschaftlichen Kraftzentren, von der ich eben gesprochen habe, führt mich zu einer weiteren Herausforderung: die Schweiz muss ihr bereits dichtes Freihandelsnetz in Richtung auf die BRIC-Länder erweitern. Mit Genugtuung erwähne ich an dieser Stelle die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung des Freihandelsabkommen mit China, das mit Fug und Recht als Durchbruch in diese neue Welt aufstrebender Länder gewertet werden darf. Auch wenn noch nicht alle Einzelheiten bekannt sind, gehen wir davon aus, dass für einen Grossteil der Exporte unserer Industrie substanzielle Zollsenkungen erzielt werden konnten. Erfreulicherweise konnten auch beim Schutz des Geistigen Eigentums deutliche Verbesserungen erreicht werden. Das Freihandelsabkommen wird somit den Zugang zum chinesischen Markt erleichtern und der schweizerischen Exportindustrie einen Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten aus der EU oder aus den USA verschaffen. Wir hoffen zuversichtlich, dass schon bald weitere Freihandelsabkommen mit BRIC-Ländern abgeschlossen werden können.

Doch zurück zum Inland: auch hier stellen sich grosse Herausforderungen. Beispielsweise die Umsetzung der Energiestrategie 2050. Aus der Sicht unserer Industrie muss ich einfach einmal mehr darauf hinweisen, dass wir den Strom in unserem Land nicht ohne wirtschaftliche Folgen verteuern können. Zwei zentrale Forderungen sind beim Umbau der Stromversorgung aus Sicht der Wirtschaft einzuhalten: Erstens muss die Versorgungssicherheit lückenlos, also zu jeder Sekunde sichergestellt sein. Und zweitens muss Strom zu international kompetitiven Preisen angeboten werden. Sofern auch nur eine dieser zwei Bedingungen verletzt wird, gefährden wir den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Industrie stellt aber nicht nur Forderungen, sondern leistet auch einen konkreten Beitrag zur Energiewende. Seit vielen Jahren setzen sich unsere Mitgliedunternehmen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Steigerung ihrer Energie- und CO₂-Effizienz ein. Es ist unseren Unternehmen insbesondere gelungen, den Stromverbrauch vom Produktionswachstums zu entkoppeln: bei einem wertmässigen Produktionswachstum von rund 15% pro Jahr ist der Stromverbrauch in unserer Industrie seit 1990 annähernd stabil geblieben und die CO₂-Emissionen konnten in absoluten Mengen um über 10% gesenkt werden. Auf diese Entkoppelung dürfen wir gewiss stolz sein, besonders wenn wir die Entwicklung des Stromverbrauchs in den Privathaushalten als Vergleich heranziehen: Bei den Haushalten wuchs der Stromverbrauch in den letzten Jahren sogar noch stärker als das Bevölkerungswachstum, sodass der Pro-Kopf-Verbrauch weiter anstieg. Und das bei all den gutgemeinten öffentlichen Diskussionen ums Stromsparen!

Erlauben Sie mir auch ein Wort zum vom Bundesrat und Parlament meines Erachtens übereilt beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft: Aus der Sicht unserer wissensbasierten und forschungsintensiven Industrie kommt dieser Beschluss einem dirigistischen und marktfremden Technologieverbot gleich. Aus eigener schmerzlicher Erfahrung wissen wir, dass Technologieverbote nie in die Zukunft führen. Was unsere Gesellschaft vielmehr braucht sind Mut und Zuversicht in neue Technologien.

Und hier stellt sich eine weitere wichtige gesellschaftliche Herausforderung. Viele der heutigen Probleme lassen sich nur mit neuen Technologien erfolgreich anpacken und überwinden. Und genau an diesem Punkt zeigt sich die schweizerische Politik – und mit ihr die Öffentlichkeit – leider zunehmend mutlos. Gefangen in ihrer Nullrisiko-Mentalität fokussiert sich die öffentliche Diskussion häufig auf mögliche Risiken neuer Technologien, während deren Chancen und Nutzen ausgeblendet werden.

Überhaupt müssen wir in diesem Zusammenhang feststellen, dass in Europa dem wissenschaftlichen Diskurs in der politischen Diskussion eine zunehmend geringere Rolle zugewiesen wird. Ich bin gelegentlich erstaunt, wie stark sich die Politik von Emotionen leiten lässt, statt auf Grund sachlich fundierter Fakten zu argumentieren und zu entscheiden. Stichworte dazu sind auch das zum zweiten Mal verlängerte Gentechnormatorium, die einsetzende Diskussion um endokrin wirkende Stoffe oder die vom Bund angekündigte Suspendierung von drei Neonikotinoiden in der trügerischen Hoffnung, damit das Bienensterben zu stoppen.

Auch wenn die Risikobeurteilung im konkreten Fall je nach Standpunkt unterschiedlich ausfallen mag, deutet die Art und Weise, wie diese Themen in der Öffentlichkeit behandelt werden, letztlich auf die Existenz diffuser Ängste, die einer offenen und zukunftsgerichteten Gesellschaft fundamental entgegenstehen. Dass Einschränkungen oder Verbote immer häufiger in Anwendung des Vorsorgeprinzips eingeführt werden sollen, ohne den Nutzen dieser Produkte oder Technologien angemessen in die Beurteilung einzubeziehen, erlebe ich in dieser Deutlichkeit nur eine westlich geprägte Welt des Überflusses.

Und damit, meine Damen und Herren, schliesst sich der Kreis meiner Ausführungen: nur eine wirtschaftlich gesättigte Gesellschaft glaubt es sich leisten zu können, sich Themen der sozialen Gerechtigkeit zu widmen, ohne sich auch mit der Frage beschäftigen zu müssen, ob die angestrebten Lösungen auch wirtschaftlich und finanziell tragbar und damit nachhaltig sein werden.

Ich denke, es wäre klug, wenn wir alle, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, den gemeinsamen Dialog wieder intensiver pflegen und uns vor allem auch wieder besser zuhören. Denn nur so werden wir das Vertrauen zueinander

wiederfinden und uns gemeinsam und im Interesse aller für eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz einsetzen, zu Gunsten einer stabilen Gesellschaft und einer Volkswirtschaft mit positiven Zukunftsaussichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.